

Eupen, den 26.11.2017

Pressemitteilung

Thema: Verweigerung der Stellungnahme bei der letzten Regierungserklärung

In der Plenarsitzung vom 20. November 2017 stand u.a. die Regierungserklärung „Beschäftigung steigern – Fachkräfte sichern“ auf der Tagesordnung. Die diesbezüglichen Stellungnahmen der Fraktionen waren direkt im Anschluss an die Vorstellung durch die Regierung geplant, wohlwissend dass der Text der Regierung erst am Donnerstagmittag der vorangegangenen Woche den Parlamentariern zugesendet worden ist. In Anbetracht der Tatsache, dass das Thema „Beschäftigungspolitik“ einen zentralen Stellenwert in der Ausübung der Gemeinschaftskompetenzen darstellt, bemängelte die gesamte Opposition, dass die Vorbereitungszeit der Bedeutung des Themas nicht gerecht wird.

Es ist in der Tat recht fraglich, warum die Regierung ihre Erklärung den Parlamentariern nicht schon viel früher zugestellt hat. Bei einer Frist von 72 Stunden, wobei angemerkt sei, dass es sich nicht um Arbeitsstunden handelt, ist eine seriöse Analyse und Bearbeitung nicht möglich.

Sicher mag diese kurze Zeit den Mehrheitskollegen ausreichen, da diese ja nur mit eigenen Worten das wiederholen, was die Regierung vorstellt. Ein kritischer Blick auf das Vorgestellte und eine tief gehende inhaltliche Auseinandersetzung sind bei der Mehrheit Fehlanzeige.

Ein Entgegenkommen der Mehrheitskollegen wäre ganz einfach fair gewesen, wenn schon die Ministerin keinen Anlass dazu sah, uns ihren Text frühzeitig zukommen zu lassen.

Im Sinne einer ehrlichen und fairen parlamentarischen Debatte hatten wir im Vorfeld den Mehrheitskollegen signalisiert, dass wir eine Verschiebung der Stellungnahmen der Fraktionen auf eine spätere Plenarsitzung wünschen, zumal ja keine Dringlichkeit in dieser Sache besteht. Unser diesbezüglicher Antrag wurde allerdings von der Mehrheit abgelehnt. Um die korrekte Bearbeitung der Thematik zu gewährleisten, sahen wir uns daraufhin gezwungen einen Antrag auf Themendebatte zu stellen.

Da unser Antrag von mehr als 7 Parlamentariern unterschrieben war, hätte diese Themendebatte laut Geschäftsordnung des Parlamentes von Rechts wegen in einer Plenarsitzung stattfinden müssen.

Der Zeitpunkt für diese Themendebatte hätte in einer späteren Präsidiumssitzung festgelegt werden können. Der Parlamentspräsident entschied aber trotzdem die Plenarsitzung zu unterbrechen, was in unseren Augen völlig unnötig war. Dort kam dann der Vorschlag der Mehrheitskollegen auf den Tisch, die Themendebatte in den Ausschuss zu verlegen.

Spätestens jetzt muss man sich die Frage stellen, ob die Mehrheit wirklich daran interessiert ist, der Opposition die Möglichkeit einer fundierten Stellungnahme zu ermöglichen, oder ob man im Grunde alles daran setzt, dies so gut wie möglich zu unterbinden. Denn eine Themendebatte in einem

Fraktion im PDG V.o.G.

öffentlichen Ausschuss hat nicht den gleichen Stellenwert wie in einer Plenarsitzung. Dies verbunden mit der Tatsache, dass die Regierung ihre Regierungserklärung quasi erst im letzten Moment einreicht, verstärkt unsere Zweifel erheblich.

Aber auch der Parlamentspräsident glänzte am Montagabend nicht wirklich mit Neutralität, zu der er nun mal gegenüber allen Parlamentariern verpflichtet ist. Warum wies er nicht ausdrücklich darauf hin, dass die Themendebatte laut Geschäftsordnung von Rechts wegen in der Plenarsitzung zu führen sei?

Doch selbst vor dem Hintergrund des unkorrekten Verhaltens der Regierung, der Mehrheit und des Parlamentspräsidenten in dieser Angelegenheit, kann man nicht wirklich von einem Tiefpunkt sprechen. Denn dies ist ihre übliche Haltung gegenüber jeden, der nicht spurt und somit eher die Regel, als etwas Außergewöhnliches.

Mit freundlichen Grüßen,

Alain Mertes